

Hartz IV-Debatte: Sanktionen oder mehr Menschenwürde?

MEINUNG Die Diskussion bei den Sozialen Initiativen zeigte das ganze politische Spektrum in Sachen staatlicher Wohlfahrt.

VON DANIEL STEFFEN, MZ

REGENSBURG. „Meine Gesamteinschätzung für Hartz IV ist, dass die Bemessung bürokratisch kompliziert, entwürdigend und repressiv ist“, teilte Christian Dietl, Regionalvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes DGB, den Gästen mit, die zur Diskussionsrunde „Jetzt red’n wir: Hartz IV regional?“ in den Kneitinger Keller gekommen waren. Eingeladen zum offenen Meinungsaustausch hatten die Regensburger Sozialen Initiativen.

Die Ein-Euro-Jobs bezeichnete Dietl als „arbeitsmarktpolitisch wirkungslos“ – und kritisierte auch den „zunehmenden Druck auf die Löhne“, der sich durch geringere Entlohnung bemerkbar mache, ebenso wie die permanent steigende Zahl der Niedriglohnbeschäftigten mit ihren Teilzeit- und Minijobs:

„Wir haben zwischen 2003 und 2008 ein Plus von 1,2 Millionen Teilzeitkräften, 300 000 Ein-Euro-Jobs und 500 000 Mini-Jobs, während die Vollzeitstellen um 900 000 reduziert wurden.“ Der Ein-Euro-Job sei momentan die „gängigste Jobförderungsmaßnahme“. So gesehen könne der wirtschaftliche Aufschwung in den Jahren 2003 bis 2008 nur „relativ“ gesehen werden.

Birgit Ehrh, Geschäftsführerin der ARGE Stadt (Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung) entgegnete, dass die Ein-Euro-Jobs keine Arbeitsstellen seien, da die Betroffenen ja weiterhin unter die Förderung fallen würden.

Ehrh und ihr 40-köpfiges Team haben es mit rund 6000 Menschen zu tun, die in Regensburg Hartz IV beziehen. Ihre Meinung: „Man muss sehr differenziert und individuell mit ihnen umgehen. Der Großteils bemüht sich, so schnell wie möglich wieder aus dem ALG II herauszukommen. Aber man muss auch diejenigen sanktionieren, die das Angebot nicht wahrnehmen.“ Dass die Zahl der verhängten Strafen zurückgegangen sei, sieht Ehrh als „Erfolg“.

Im Gegenzug stellte ihr Initiativen-Vorstand Reinhard Kellner die Frage, ob es bei den Ein-Euro-Jobs immer mit rechten Dingen zugehe, Unternehmen also die Gelegenheit nicht rechtswidrig ausnutzen würden. Ehrh: „Wir prüfen die Anträge von Unternehmen regelmäßig und haben auch schon Ar-



Reinhard Kellner und Horst Meierhofer in der Diskussion

Foto: Steffen

HARTZ IV

► **Sätze:** Der aktuelle Regelsatz sieht folgende Gelder vor: Der Haushaltsvorstand bekommt 359 Euro, der volljährige Partner innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft 323 Euro, Empfänger-Kinder im Alter bis zu fünf Jahren 215 Euro, von sechs bis 17 Jahren 251 Euro und von 14

bis 17 Jahren 287 Euro.

► **Komponenten:** Der Regelsatz ergibt sich aus einer Bedarfsberechnung, die Ausgaben für Essen und Getränke, Freizeit, Kleidung, Telefon und Internet, Hygieneartikel, Strom, Medikamente und Verkehrsmittel mit einbezieht. (mfs)

beitsverträge beendet, wenn da was nicht in Ordnung war.“ FDP-Bundestagsabgeordneter Horst Meierhofer verteidigte seinen Parteichef Guido Westerwelle, der meinte, auf die „grasierende Hartz-IV-Mentalität in Deutschland eindreschen“ zu müssen. Laut dem Bundesaußenminister soll sich Leistung wieder lohnen und die Hartz IV-Regelung durch ein „Bürgergeld“ ersetzt werden.

Meierhofer sprach sich dafür aus, dass den arbeitenden „Aufstockern“ mehr unter dem Strich übrig bleiben müsse als denen, die davon keinen Gebrauch machen. Die Problemfelder

„Steuerhinterziehung“ und „Hartz-IV-Schwindel“ seien für ihn „gleich schlecht“.

An der Diskussion mit dem Publikum beteiligte sich Linke-Stadtrat Richard Spieß. Er erteilte den Sanktionsmaßnahmen gegen „arbeitsunwillige“ Hartz-IV-Empfänger eine Absage: „Die Basis muss sein, dass eine gewisse Menge Geld zur Verfügung steht, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“ Hans-Dieter Penke-Zierhut, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, wolle den Hartz-IV-Satz von derzeit 359 Euro auf 440 Euro aufgebessert wissen.